

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 66 (1987)
Heft: 5

Artikel: Sozialer Wandel und neue Werthaltungen : für eine Mehrfachstrategie
Autor: Muralt, Hanna
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340484>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

2. Heute gilt: wer die technologische Entwicklung steuern kann, hat die Macht in der Gesellschaft überhaupt. Diese These beruht auf der Einsicht, dass

- mit dem technologischen Fortschritt das Gefahrenpotential gesteigert wurde,
- der technologische Fortschritt Abhängigkeiten erzeugt auf Dauer und Generationen hinweg.

3. Der technologische Fortschritt steht in einem wirtschaftlichen, politischen und sozialen Zusammenhang. Steuerungsansprüche werfen immer die Machtfrage auf. Mit unterschiedlichen Machtpotentialen sind an diesem Prozess beteiligt: Technikentwickler, Technik Anwender, Technikförderer und Technikbetroffene.

4. Inhaltliche Bezugspunkte einer gesellschaftspolitisch verantwortbaren Technologieentwicklung und -politik sollten sein:

- sozialstaatliche Gestaltungsprinzipien
- Humanisierung der Arbeit
- liberale Grund- und Freiheitsrechte
- Förderung individueller und gesellschaftlicher Emanzipationsprozesse.

5. Die technologische Entwicklung kann zwar an gesellschaftspolitischen Perspektiven ausgerichtet werden. Ein zwingender Zusammenhang in einem sehr engen Sinn besteht nicht. Auch der Steuerungseinfluss des Staates ist beschränkt: Er muss Grenzen setzen (Würde des Menschen), kompensatorisch sein und erwünschte Entwicklungen auslösen.

6. Die wichtigste Aufgabe des Staates besteht darin, die an der Technologiepolitik beteiligten Akteure mit den Kompetenzen auszustatten, die es ihnen ermöglichen, sich kritisch und zugleich aktiv an den Entwicklungsprozessen zu beteiligen. Angesprochen werden fachliche und politische Kompetenzen wie auch die Strukturen der technologiepolitischen Willensbildung.

7. Von den direkten Gestaltungsmöglichkeiten des Staates sind anzusprechen:

- Forschungs- und Technologiepolitik (SNF usw.)
- ETH- und Hochschulpolitik allgemein
- Ressortforschung
- Forschung in den Regiebetrieben

Ergänzende und evaluierende Instrumente stellen dar: Technologiefolgeabschätzungen und Sozial- und Umweltverträglichkeitsprüfungen.

8. Eine bewusste Gestaltung der Rahmenbedingungen für die Technologieentwicklung beinhaltet:

- Verbote bestimmter Technologien dort, wo grundlegende Werte und Güter gefährdet werden (Würde des Menschen usw.)
- Setzen staatlicher Grenzwerte für menschen- und umweltgerechte Produkte
- Durchsetzung des Verursacherprinzips (vgl. Schweizerhalle)
- Förderung umweltschonender, ressourcensparender und sanft-technologischer Produkte durch gezielte finanzielle Anreize.

9. Die Technologiefrage ist bündnisfähig: einerseits in «grüner» Richtung und andererseits im Hinblick auf bestimmte Segmente des Kapitals. Zu nennen sind: die Klein- und Mittelbetriebe, welche auf dem internationalen Technologiemarkt offensichtlich benachteiligt sind (Rolle der Multis).

Sozialer Wandel und neue Werthaltungen

Für eine Mehrfachstrategie

Von Hanna Muralt

I. Analyse

Der wirtschaftlich-gesellschaftliche Wandel als Herausforderung für die SP.

1. These

Als Folge des andauernden tiefgreifenden wirtschaftlich-gesellschaftlichen Wandels ist die traditionelle Wählerbasis der SP – die Arbeiterschaft – bereits schmaler geworden und schrumpft in Zukunft weiter.

1.1 Seit den sechziger Jahren wuchs wesentlich nur noch der dritte Wirtschaftssektor, der Dienstleistungssektor (1985: 55% der Beschäftigten); der zweite, der industriell-gewerbliche, ging trotz einzelner Wachstumsbranchen gesamthaft zurück (1985: nur noch 39% der Beschäftigten). Gleichzeitig werden sich die Arbeitsplätze im zweiten und dritten Sektor immer ähnlicher:

Computerterminals in der computerunterstützten Produktion und im computerisierten Dienstleistungsbereich! Die zahlreichen ausländischen Arbeitskräfte, welche die weniger qualifizierten und schlechter entlöhnten Arbeiten im zweiten wie auch im dritten Sektor verrichten, sind zudem weder stimm- noch wahlberechtigt.

1.2 Der traditionelle «Facharbeiter» verschwindet, dessen ty-

pische Qualifikationen sind immer weniger gefragt. Entweder bildet er sich mit Blick auf die neuen Technologien am Arbeitsplatz weiter und steigt als nunmehr gesuchte Arbeitskraft zum Angestellten und ins Kader auf oder er sinkt zur un- oder nicht mehr qualifizierten, von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftigtengruppe ab. Nach verschiedenen Studien zu den Auswirkungen der neuen Technologien auf dem Arbeitsmarkt werden künftig zahlreiche Arbeitsplätze mit einfachen Hilfs- und Bedienungsfunktionen wegrationalisiert, gleichzeitig sollen mindestens ebensoviele oder mehr in qualifizierten Tätigkeitsfeldern neugeschaffen werden können.

2. These

Sowohl die beschriebenen «Auf»- wie die «Absteiger» fallen aus dem Selbstverständnis der SP als Arbeiterbewegung heraus. Beide Gruppen lassen sich kaum mit der bisherigen SP-Politik ansprechen.

Unsere Partei wird sich programmatisch für die vom Abstieg Bedrohten einsetzen und sich mit dem Problem der «neuen Armut» intensiv befassen müssen. Sie wird hier aber kaum neue Wähler finden: Unter den «Absteigern» befinden sich viele Ausländer, Männer und vor allem Frauen mit geringem Organisationsgrad und politischem Desinteresse. Sie dürften nur schwer «mobilisierbar» sein.

Mit der andern Gruppe, dem neuen «Arbeiter- und Angestelltentyp» hat sich unsere Partei bisher wenig befasst. «Den» oder «die» Angestellte gibt es allerdings gar nicht. Mit dem Dienstleistungssektor haben sich nicht nur sehr unterschiedliche Angestelltentypen entwickelt, sondern auch mit ihnen eng «verwandte» neue Typen der kleinen Selbständigerwerbenden. (Diese produzieren

und verkaufen «Know-how»: z.B. Berater- und Planungsbüros). Charakteristisch für sie alle ist, dass sie überwiegend in den grossen Ballungsgebieten wohnen und ihre Wertvorstellungen von einer verstädterten Kultur geprägt sind. Sie sind motivationsorientiert, leistungs- und weiterbildungswillig sowie an Sachfragen interessiert. Sie wollen sinnvolle Arbeit und Freizeitgestaltung und sind meist reform- und experimentierfreudig. – Abgelehnt werden geschlossene ideologische Weltbilder, vereinfachte Antworten auf komplexe Probleme. Sie betrachten Politik selbst als Dienstleistung, wobei sie nicht alles vom Staat und den ihn in Trab setzenden Parteien erwarten. Sie haben generell etwas Mühe mit den Parteien, die ihnen alle zu «eingleisig» erscheinen. – Unter diesen neuen sozialen Gruppen sind zahlreiche nicht parteigebundene, mit der SP sympathisierende Wechselwähler, die ihre Entscheidungen weniger aus Tradition oder aus ihrer sozio-ökonomischen Interessenlage heraus, als vielmehr von Fall zu Fall – aufgrund der konkreten Situation und der vorgebrachten sachlichen Argumente – treffen. Sie stimmen häufig mit der SP in Sachfragen überein. Deren Erscheinungsbild und politische Rhetorik wirkt für sie aber befremdend, antiquiert; die SP-Politik in vielen programmatischen Punkten zu unbeweglich und zu festgefahren. Für einzelne kleine und sehr aktiven «Vorreiter» dieser neuen sozialen Gruppen hat sich die SP bereits und «ohne Schaden» geöffnet: für die 68er, die Feministinnen, Grüne und Alternative. Diese kleinen neugewonnenen Gruppen können aber den Verlust der traditionellen Wähler nicht wettmachen. Um das breite «Fussvolk» unter den Angestellten und kleinen Selbständigen hat sich die SP bisher

wenig bemüht. Obwohl die Angestellten inzwischen zur zahlenmässig grössten Gruppe unter den SP-Wählern geworden sind, fühlt sich die Partei ideologisch den «blue collars» zugehörig und zeigt Berührungängste mit den «white collars» und deren Wertvorstellungen.

II. Folgerungen

Braucht es eine neue SP-Strategie – ein neues (verstärkt von «fraulichen» Werten geprägtes?) Selbstverständnis?

Will die SP nicht mit der Gruppe der traditionellen SP-Wähler weiterhin schrumpfen, so muss sie sich beschleunigt für die unseren politischen Ideen nahestehenden Gruppen unter den neuen Angestellten und kleinen Selbständigen öffnen. Hierzu ein paar Ideen:

1. Vorschlag

Die SP bietet sich als Lern(teil)gesellschaft für all jene an, die sich für zukunftsgerichtete technisch-wirtschaftliche und gesellschaftliche Fragen interessieren (bildungswillige Angestellte). Sie ist stark in der Analyse, klar und «hart» in den formulierten Zielen, «weich», d.h. suchend und «erfinderisch» in den Problemlösungen. Parteipolitisch festgefahrene Fronten («Maginotlinien» in alten Stellungskriegen) bricht sie mit neuen unkonventionellen und überraschend innovativen Vorschlägen zur Problemlösung auf (ein Frauenpostulat?)

2. Vorschlag

Die SP profiliert sich als zukunftsorientierte *Reformpartei*, welche erkannt hat, dass die Umgestaltung und Modernisierung der Industriegesellschaft eine sehr schwierige und langwierige Aufgabe darstellt. Sie öffnet sich dem technisch-wirtschaftlichen Fortschritt und versucht ihn gleichzeitig für ihre gesellschaftspolitischen Ziele

zu nutzen. Sie befürwortet und fördert den technischen Fortschritt unter der Bedingung, dass die ihm innewohnenden neuen Möglichkeiten für soziale Innovationen verwirklicht werden: Mehr Handlungsspielraum und mehr individuelle Freiheit für alle. Mehr individuelle Freiheit bei der Gestaltung und Aufteilung von Arbeit, Freizeit und sozialem Zusammenleben.

3. Vorschlag

Die SP löst sich etwas von der Idee der reinen Mitgliederpartei; sie will u.a. ein den SP-Wertvorstellungen förderliches *politisch-kulturelles Klima* schaffen. Sie bietet den Wechselwählern und Sympathisanten verschiedene *offene Formen der Mitarbeit* an; wenn möglich *innerhalb* der Partei, sonst aber *ausserhalb*, z.B. in einer der zahlreichen Organisationen, welche «verwandte» gesellschaftspolitische Ziele anstreben: Mieter- und Konsumentenorganisationen, kulturelle Vereinigungen, Kirchen und kirchliche Vereine, Umweltorganisationen, Drittwelt-Organisationen, VCS, Volkshochschulen und andere Weiterbildungsinstitutionen. Die SP verzichtet darauf, diese Gruppen als «neue Vorfeldorganisationen» – quasi als Ersatz für die alten, «serbelnden» – zu funktionalisieren. Eine allzu starke Identifikation mit der SP schadet leider diesen Organisationen nur. Wichtig ist, dass auch diese Organisationen das neue politisch-kulturelle Klima fördern; denn die Zeiten einer geschlossenen «Arbeiterkultur» mit ihrer Symbolik und Rhetorik sind vorbei.

Die SP strebt nicht Macht durch Dogmenbildung, durch Aus- und Abgrenzung an; Feindbilder sind ihr zuwider; im Gegenteil sucht sie Macht und Einfluss über ihre Ausstrahlung, über die von ihr aus-

gehende Faszination (ein Frauenpostulat, wie mir scheint!).

4. Vorschlag

Die SP wird zum *politischen Zentrum einer breiten Reformbewegung* links der Mitte. Im *staatlichen* Bereich kann sie ihre bewährte Doppelstrategie weiterführen, d.h. sie setzt ihre politische Macht in Regierung, Parlament, Verwaltung und parastaatlichen Organisationen ein und spricht gleichzeitig auf der plebiszitären Ebene bzw. durch direkte Aktionen eine Oppositionsrolle. Die SP gibt hierbei ihre traditionelle Abwehr gegen Koalitionen und Listenverbindungen auf. Sie nimmt Abschied von der Vorstellung einer isolierten, aber «ideologisch sauberen» Arbeiterbewegung und verbündet sich zur Erreichung politischer Ziele mit geeigneten Partnern, in erster Linie mit den genannten «verwandten» Organisationen. Sie ist aber auch bereit, dort ihr oft «starres Feindbild» vom homogenen Bürgerblock zu relativieren, wo dies offensichtlich nicht mehr die Wirklichkeit trifft.

Die SP setzt ihre Kräfte künftig *verstärkt ausserhalb der staatlichen Ebene* ein. Sie wird aktiv im Bereich der allgemeinen Le-

benswelt von Arbeit, Freizeit und gesellschaftlichem Zusammenleben. Im Selbstverständnis der SP tritt die staatliche und im engeren Sinn politische Ebene als traditioneller Interventionsraum der Partei etwas zurück; weil sie auch nicht mehr alles vom Staat und seiner Politik erwartet, kann die SP auf Forderungen nach «weniger Staat» mit flexibel-kreativen Antworten reagieren. Die SP «diversifiziert» ihren Aktionsradius und dringt in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich vor. Sie praktiziert damit *Mehrfach-* resp. *Mehrebenenstrategien*, statt blosser Doppelstrategie. (Nochmals ein Frauenpostulat?)

Mit diesen Mehrfach- resp. Mehrebenenstrategien wird die SP auch mit mehr inhaltlich-strategischen Widersprüchen konfrontiert. *Die Partei wird lernen, mit diesen Widersprüchen konstruktiv umzugehen* und sie für ihre Ziele einzusetzen (Wettbewerb der Ideen innerhalb der SP, unterschiedliche lokal-regionale Lösungen als unterschiedliche Modellversuche). Liesse sich mit dieser «Aufweichung» fixer Vorstellungen, welches «gute SP-Politik» sei, der «Spaltpilz», der in unsern Reihen umgeht, neutralisieren?

Das falsche Erscheinungsbild der SP in der Öffentlichkeit

Weniger verkünden – mehr erklären

Von Nationalrat René Longet

Zunächst möchte ich in meiner Analyse aufzeigen, was ich als das Wählerparadox der SP bezeichne. In einer Zeit, da es notwendiger denn je ist, unsere konkreten Vorstellungen auf der politischen Szene darzustellen, läuft die sozialdemokrati-

sche Partei Gefahr, politisch an den Rand gedrängt zu werden.

Es besteht also eine Differenz zwischen diesem Bedürfnis der Partei und der Wahrnehmung dieses Bedürfnisses durch die Wählerschaft der SP.